

**Zum 50-jährigen Jubiläum der  
Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU  
am 11. Januar 2014 in Ingolstadt**

**Kurzreferat**

Liebe Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft,

zunächst geht mein freundschaftlicher Gruß- und Glückwunsch an Sie, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft (AGL), zum 50-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft und ein herzliches Vergelts Gott für die Treue und den Einsatz, den Sie für die AGL über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg geleistet haben. Mein besonderer Dank gilt natürlich meinen Nachfolgern im Vorsitz, Albert Deß und Marlene Mortler, die die Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft zu der erfolgreichen Organisation gemacht haben, die sie heute ist.

**Vorgeschichte und Beginn**

Wer ca. 69 Jahre nach der Gründung der Christlich-Sozialen Union den 50. Geburtstag einer ihrer Arbeitsgemeinschaften feiert, der muss sich unweigerlich fragen lassen, warum die AGL erst so spät ins Leben gerufen worden ist, wo doch die CSU von Anfang an als die „Bauern-Partei per excellence“ galt,

in der der Anteil der Mitglieder aus dem Agrarbereich einmal sogar dem Anteil der Landwirte an der Gesamtbevölkerung (ca. 22,00 %, 1961) entsprach.

Zwar waren schon im Februar 1946 zehn innerparteiliche Ausschüsse zur programmatischen und praktischen Grundlegung der künftigen Parteiarbeit der CSU eingesetzt worden, aber der Vorsitzende des Agrarpolitischen Ausschusses, der damalige Landwirtschaftsminister Josef Baumgartner, kam wegen seiner starken ressortmäßigen Inanspruchnahme nicht dazu, Sitzungen zu leiten. Als es dann im Jahr darauf zur Gründung von vier CSU-Arbeitsgemeinschaften kam, vereitelte der Bauernflügel (Horlacher, Baumgartner, Schlögl) innerhalb der CSU die vom Parteivorsitzenden Josef Müller gewünschte Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft der Landwirte, da seine Exponenten die Bauernschaft in einem ständischen, parteipolitisch neutralen Einheits-Verband, nämlich dem Bayerischen Bauernverband, organisiert sehen wollten.

Franz Josef Strauß bescheinigte der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft noch 1962 in einer internen Sitzung unverblümt, dass sie „ein phantomhaftes Dasein“ führe. Seit dem Jahr 1964 firmierte der Landtagsabgeordnete Andreas Haisch als Vorsitzender der AGL. Im Wesentlichen erfolgte aber die Organisations-, Programm- und Publikationsarbeit durch die Agrarreferenten in der CSU-Landesleitung (Hermann Gerns

und Valentin Dasch). Prof. Alf Mintzel schreibt in seiner „Geschichte der CSU“, dass die AGL „über das agrarpolitische Referat in der CSU-Landesleitung künstlich am Leben“ erhalten wurde. Der „bäuerliche Flügel“ der Partei habe „eine besondere organisatorische Interessenvertretung in Form einer Arbeitsgemeinschaft für überflüssig“ gehalten. Nach dem Unfalltod von Andreas Haisch im September 1969 dauerte es sogar zwei Jahre, bis ein Nachfolger gefunden wurde.

### **Organisatorische Festigung – Die Ära Kiechle**

Mit der Wahl des Bundestagsabgeordneten Ignaz Kiechle auf der Landesausschusssitzung am 19. März 1971 erhielt die Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft einen legitimierten Vorstand, der für eine Geschäftsordnung und einheitliche Strukturen sorgte. Die AGL nahm ihre von der CSU-Satzung (§ 29 Abs. 7) den Arbeitsgemeinschaften vorgegebene Aufgabe beherzt in Angriff, „das Gedankengut der CSU in ihren Wirkungskreisen zu verbreiten, für die Partei Mitglieder zu werben und an der Lösung der ihren Bereich betreffenden Fragen mitzuarbeiten“. Schwerpunkte der agrarpolitischen Arbeit waren die Erleichterung des Anpassungsprozesses der Landwirtschaft an die Industriegesellschaft im sog. Strukturwandel, die Gewährleistung eines breitgestreuten bäuerlichen Vermögens und Eigentums sowie die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Damit waren die

Themen umrissen, die bis heute die Agenda der Agrarpolitik der CSU zu einem wesentlichen Teil bestimmen. Schon damals spielte auch die enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesplanung eine wichtige Rolle. Neben den jährlichen Landesversammlungen ging es darum, mit besonderen öffentlichen Agrartagungen die ländliche Bevölkerung anzusprechen.

Die spezifisch bayerische Agrarpolitik war geprägt von der Auseinandersetzung mit den agrarpolitischen Überlegungen der EWG-Kommission, die im sog. Mansholt-Plan ihren Niederschlag fanden und die auf die konsequente Förderung des Strukturwandels in der europäischen Landwirtschaft setzten. Dem stellte Staatsminister Hans Eisenmann seinen Bayerischen Weg entgegen, der mit einem gleichberechtigten Neben- und Miteinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben und der Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit in bäuerlichen Selbsthilfeeinrichtungen die Folgen der Produktivitätssteigerung abfedern und möglichst viele bäuerliche Existenzen erhalten wollte. Dies sollte auch zur Strukturstabilität des ländlichen Raumes beitragen. CDU und CSU verabschiedeten 1980 ein gemeinsames Agrarprogramm, das ein klares Bekenntnis zur Erhaltung freier und selbstverantwortlich handelnder Bauern in einer freien Gesellschaft ablegte.

## **Agrarpolitischer Wandel – Der Vorsitz von Bocklet**

Nachdem Ignaz Kiechle von Bundeskanzler Helmut Kohl im März 1983 zum Bundeslandwirtschaftsminister berufen worden war, gab er im Jahr darauf den AGL-Vorsitz ab. Am 16. Januar 1984 wurde der Europaabgeordnete und Agrarsprecher der CSU im Europäischen Parlament, Reinhold Bocklet, zum Nachfolger gewählt. In seine Amtszeit fielen eine Reihe von grundlegenden Weichenstellungen in der europäischen, nationalen und bayerischen Agrarpolitik. Nachdem die Mengensteuerung der EG mittels der Mitverantwortungsabgabe bei der Milch, dem wichtigsten bayerischen Agrarprodukt, immer weniger griff und die Butterberge beängstigend anstiegen, entschloss sich die EG mit breiter Zustimmung des landwirtschaftlichen Berufsstandes zur Einführung einer Quotenregelung bei Milch. Die Ausgestaltung der Milchgarantiemengenregelung war aber so unglücklich, dass sie im Wege einer sog. Härtefallregelung nur die aufstockenden Betriebe begünstigte, während die echten menschlichen Härtefälle das Nachsehen hatten. Dies hat zu viel Unfrieden in den Dörfern und zu einer tiefgreifenden Verstimmung in zahlreichen bäuerlichen Betrieben geführt und auch den Grund für spätere Konflikte im Berufsstand gelegt. Bauernverband und CSU versuchten die kritische Situation durch die Forderung nach aktiver Preispolitik und ergänzende direkte Ausgleichzahlungen zu bewältigen. Diese sollten in einem sog.

„Jahrhundertvertrag“ festgeschrieben werden. Einem Bauerntag der AGL mit Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum Jahrhundertvertrag im Jahr 1986 folgte ein Jahr später eine Kundgebung des Bayerischen Bauernverbandes mit ca. 14.000 Bauern in der Olympiahalle in München, auf der sich der Bayerische Ministerpräsident die Forderung nach einem durch die EG, den Bund und die Länder finanzierten Jahrhundertvertrag zu eigen machte. Mit der Forderung, die Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel zu diesem Zweck um 2 Prozent zu erhöhen, konnte sich der BBV allerdings nicht durchsetzen.

Mit den Agrarpolitischen Leitsätzen von 1986 sollten die bewährten Prinzipien einer bäuerlichen Landwirtschaft bekräftigt und gleichzeitig eine Neuorientierung der bayerischen Agrarpolitik vorgenommen werden. Dazu gehörte u.a. die Honorierung der landeskulturellen Leistungen und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sowie die Erweiterung der regionalen agrarpolitischen Handlungsspielräume, aber auch die Nutzung des technischen Fortschritts und der nachwachsenden Rohstoffe sowie die Förderung der unternehmerischen Fähigkeiten und der Einkommenskombination. Hinzu kam ein besonderes Programm für den ländlichen Raum.

Die Diskussion über die Grenzen der staatlichen Preispolitik zur Einkommenssicherung durch Produktionsstützung führte

angesichts der hohen Kosten der Überschussproduktion Anfang der 90er Jahre dann zu einer schrittweisen Umsteuerung der Einkommenspolitik von der Preisstützung in Richtung Betriebs- und schließlich Flächenprämien. Gleichzeitig gewannen besonders in der bayerischen Agrarpolitik die gemeinwohlorientierten Leistungen der Landwirtschaft im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms eine wachsende Bedeutung. Sie wurden in Bayern wie in keinem anderen Land ausgebaut. Der entscheidende Wechsel in der Markt- und Preispolitik auf EG-Ebene erfolgte 1992 mit der von EG-Kommissar Mc Sharry auf den Weg gebrachten Agrarreform, die die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) stärker auf das GATT und Direktzahlungen ausrichtete und im Grunde einen bis heute anhaltenden Reformprozess einleitete, der unseren Landwirten viel an Anpassungsbereitschaft abverlangt.

In die Amtszeit von Reinhold Bocklet fällt auch die Wiedervereinigung Deutschlands 1990, in deren Rahmen zwei höchst unterschiedliche Agrarstrukturen aufeinander trafen und im Rahmen der GAP agrarpolitisch bewältigt werden mussten. Dies war sowohl für den Bayerischen Bauernverband, dessen Präsident an die Spitze des Deutschen Bauernverbands und danach auch noch des Europäischen gewählt wurde, als auch für die CSU im Kontext der gesamtdeutschen Union und der Bundespolitik für das wiedervereinigte Deutschland eine besondere Herausforderung, die nach differenzierten Lösungen

verlangte. Von diesen Erfahrungen konnte die EU eineinhalb Jahrzehnte später bei der agrarpolitischen Bewältigung der Osterweiterung profitieren. Eine Antwort auf die agrarpolitischen Herausforderungen dieser Entwicklung gab Bocklet als bayerischer Landwirtschaftsminister im sog. Memorandum von 1995. Für die mittelständisch strukturierte bayerische Landwirtschaft bleiben allerdings die Betriebsgrößen, die in den neuen Ländern, aber auch in Teilen Mittel- und Osteuropas existieren, eine permanente Herausforderung.

### **Fortgesetzte Reformen – Der Vorsitz von Deß**

Nachdem der Europaabgeordnete Reinhold Bocklet im Juni 1993 von Ministerpräsident Edmund Stoiber zum Bayerischen Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen worden war, wurde am 09. Dezember 1995 der damalige Bundestags- und heutige Europaabgeordnete Albert Deß zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Kreisobmann des BBV und Vorstandsvorsitzender der Bayernland e.G. war er bestens mit den Fragen des Berufsstands vertraut. Er musste sich mit einer Reihe von Problemen auseinandersetzen wie der BSE-Krise, dem verschärften Strukturwandel und der zunehmenden ökologischen Ausrichtung der Landwirtschaft verbunden mit erheblichen Bewirtschaftungsaufgaben, die sowohl durch die rot-grüne Bundespolitik als auch von der europäischen Ebene auf die bäuerlichen Betriebe einwirkten. Mit dem Jahr 2003 schlug die EU einen weiteren



agrarpolitischen Reformweg ein. Er bedeutete für die bayerischen Landwirte, dass ab 2013 alle direkten Beihilfen unabhängig von Ort und Umfang der landwirtschaftlichen Produktion (Entkopplung) gewährt werden. Die Direktzahlungen dienen der Einkommens- und Risikoabsicherung, sind aber auch Entgelt für Auflagen in den Bereichen des Tier-, Umwelt- und Ressourcenschutzes und vergüten Landwirtinnen und Landwirten die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Landwirte müssen zum vollständigen Erhalt der Direktzahlungen nun einen umfangreichen Katalog an Vorschriften im Bereich des Natur-, Tier- Umwelt- und Verbraucherschutzes einhalten. Bei Verstößen werden die Direktzahlungen gekürzt. Diese Umorientierung findet auch unter Beibehaltung des sog. 2-Säulen-Systems in den Jahren 2014 bis 2020 ihre Fortsetzung. Die Jahre des permanenten Reformprozesses, den Brüssel immer wieder mit euphemistischen Begriffen wie Gesundheitscheck (Healthcheck) zu umschreiben verstand, stellten viele Betriebe – große wie mittlere und kleine – vor die Frage, ob die herkömmliche landwirtschaftliche Produktionsweise überhaupt noch eine Zukunft hat und bildeten damit für die agrarpolitische Interessenvertretung durch die AGL eine besondere Herausforderung. Dessen ungeachtet hat die bayerische Landwirtschaft bis heute eine erstaunliche Robustheit bewiesen und ihre Position auf den Märkten mit Qualität und Innovationsfreude erfolgreich behauptet und unter dem

Stichwort Feinkostladen Bayern auf einen Exportwert von über 8 Mrd. Euro sogar noch ausgebaut. Ein bayerischer Landwirt ernährt heute 140 Menschen, während es 1950 nur 15 Menschen waren. In die Amtszeit von Albert Deß fiel auch die wachsende Problematisierung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe bei Treibstoffen, die in dem Konfliktpaar Teller oder Tank ihren Ausdruck fand. Nachdem die Ära Deß der jüngsten Vergangenheit angehört und deshalb noch in bester Erinnerung ist, will ich an dieser Stelle im Hinblick auf den begrenzten Zeitrahmen auf die zahlreichen einzelnen Aktivitäten seiner Amtszeit nicht vertieft eingehen. Welch gewaltige betriebliche Anpassung die bayerische Landwirtschaft zwischen 1949 und 2010 geleistet hat, wird an der Zahl der Betriebe ab 5 ha LF deutlich, die in diesem Zeitraum von ca. 258.000 auf 93.700 zurückging.

### **Mit Marlene Mortler erstmals eine Frau an der Spitze**

Seit November 2011 steht nun mit der Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler erstmals eine Frau an der Spitze der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft, die außerdem als langjährige stellvertretende Landesbäuerin bis April 2012 eine führende Funktion im Bayerischen Bauernverband ausgeübt hat. Betrieblich hat sie mit ihrem Mann den unternehmerischen Erfolg in der Nische gesucht und gibt damit ein Beispiel für Flexibilität und Kreativität im Bauernstand. Statt Milchvieh und Hopfen sichern heute die

Herstellung von Futter- und Nahrungsmitteln den Hofbestand. Dazu kommen Getreideaufschlussprodukte und Marktfruchtanbau.

Mit der Übernahme des Vorsitzes durch Marlene Mortler wurde ein weiteres Mal die enge personelle Verbindung der Führung der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft mit dem Bayerischen Bauernverband deutlich. Alle bisherigen Vorsitzenden waren bzw. sind Mitglieder des Bayerischen Bauernverbandes. Trotzdem hat die Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft stets auf Eigenständigkeit in der innerparteilichen Interessenvertretung Wert gelegt und auch gelegentlich den Konflikt mit dem BBV nicht gescheut. Auch wenn sowohl im berufständischen Bereich als auch auf parteipolitischer Ebene Tendenzen einer gewissen Pluralisierung der landwirtschaftlichen Interessenvertretung zu beobachten sind, haben sowohl der Bayerische Bauernverband als auch die CSU ihre jeweils dominierende Rolle zu sichern vermocht. Ohne das unbeirrte erfolgreiche Eintreten der CSU für die bäuerlichen Interessen auf allen politischen Ebenen – im Land, im Bund und in Europa – stünde die bayerische Landwirtschaft heute vor wesentlich größeren Problemen. Bayern gilt mit einem landwirtschaftlichen Produktionswert von knapp 9 Mrd. Euro pro Jahr als einer der wichtigsten Nahrungsmittelproduzenten in Europa. Dass wir dies feststellen können, ist nicht zuletzt das Verdienst der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft, in der sich viele bäuerliche Parteimitglieder seit

vielen Jahren mit praktischem Sachverstand und viel Herzblut für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft engagieren und die erfolgreiche agrarpolitische Programmatik unserer Partei eigenständig von der Basis her wesentlich mitbestimmen.

50 Jahre erfolgreicher Arbeit sind Grund genug zum Stolz auf das Geleistete, noch mehr aber zum Dank für den unverdrossenen Einsatz von Ihnen allen, damit unser Bayernland auch in der Zukunft seine von der Landwirtschaft gestaltete Kulturlandschaft und seine bäuerliche Prägung behält.

München, 11. Januar 2014

Reinhold Bocklet, MdL  
1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags  
Staatsminister a.D.